



Eine unserer erfolgreichsten Niederlagen

Referat von Helmut Hubacher, alt Parteipräsident SP Schweiz

Es gilt das gesprochene Wort.

Es ist, liebe Genossinnen und Genossen, so etwas wie ein Akt des Gedenkens, zu dem ich ein paar Minuten reden soll.

Ich brauche eure Fantasie. Stellt euch vor, wir wären am Parteitag der FDP oder der CVP oder der SVP. Dann müsste man sagen: „Liebe Trauergemeinde, wir nehmen nach genau 80 Jahren Abschied von einem Mythos, der uns profitable Dienste geleistet hat. Der ideal verkörperte, was wir so sehr schätzen: Geschäft ist Geschäft.“

Freisinnige Bundesräte haben sich für diesen Mythos mit Herzblut engagiert. Ich nenne nur Kaspar Villiger oder den unseligen Hans Rudolf Merz, von dem „Die Zeit“ in Hamburg notierte: „Selten hat ein Mitglied der Schweizer Regierung so viel Unheil angerichtet wie der Appenzeller.“ Villiger schwor, der Mythos sei „nicht verhandelbar.“ Und der andere prahlte, an dem „werdet ihr euch die Zähne ausbeissen.“ Adressiert war die Botschaft an Regierungen von Washington bis Berlin.

Für uns besteht kein Grund zur Trauer. Wir sagen vielmehr: Endlich ist es so weit. Ich zitiere ausgesprochen gerne den Bankier Oswald Grübel. Er war Boss von beiden Grossbanken. Zuerst bei der Credit Suisse. Dann holte ihn die UBS in ihrer Not als Feuerwehrmann. Grübel hat die Lage brutal offen dargelegt. Mit den Worten: Das Bankgeheimnis ist „mausetot“. Der Mythos ist verglüht.

Es gibt bürgerliche Politiker, die das einfach nicht wahrhaben möchten. Die es nicht fassen können, dass ihr Bankgeheimnis „mausetot“ sein soll. SVP-Nationalrat Thomas Matter will es mit einer Volksinitiative in der Bundesverfassung festschreiben. Da hat einer die Lösung gefunden – nur passt sie nicht zum Problem.

Offenbar fällt es unserer Konkurrenz vom rechten politischen Ufer schwer, sich damit abzufinden. Ich denke da an eine Debatte in der Fernseh-Arena: Die im globalen Spielcasino inszenierte Finanzkrise hatte auch die Schweiz erreicht. Die UBS wäre an ihr krepierend, hätten Bund und Nationalbank sie nicht mit ein paar Dutzend Milliarden gerettet. Unsere damalige Ständerätin Simonetta Sommaruga argumentierte, das Bankgeheimnis habe international als Geschäftsmodell für Steuerbetrug ausgedient. Worauf CVP-Präsident Christophe Darbellay sie in die linke Ecke des, wörtlich, „Landesverrats“ abgeschoben hat.

Das Bankgeheimnis ist eben nie nur ein Geheimnis der Banken gewesen. Bundesräte, Parteipräsidenten, National- und Ständeräte der politischen Rechten haben gewusst, dass das Bankgeheimnis missbraucht wurde. Sie haben gewusst, weshalb die UBS weltweit die Nummer eins bei der Vermögensverwaltung war. Sie haben gewusst, dass reiche Ausländer „Asyl“ bekamen, um ihren Fiskus zu betrügen. Und sie haben das für richtig befunden. Weil, so die Ausrede, das Bankgeheimnis die Privatsphäre der Kunden schütze. Sozusagen die Freiheit gegen den bösen Staat.

UBS-Chef Sergio Ermotti hat mal ausgerechnet, die Schweiz sei „mit Schwarzgeld reich geworden.“ Fragt sich, wer da kassiert hat.

Die SP hat diese Politik nicht mitgemacht. 1976 hat Genosse Jean Ziegler das Buch herausgegeben: „Eine Schweiz – über jeden Zweifel erhaben“. Das Visier war auf „die Halunken von der Zürcher Bahnhofstrasse“ gerichtet. Auf Banker, die mit der internationalen Kriminalität Geschäfte machten. Die die Millionen und Milliarden der Mafia und Drogenbarone gewaschen hatten. Und diesen Gangstern so eine weisse Weste verpassten.

Jean Ziegler hat als Erster den Missbrauch aufgedeckt. Dafür wurde er im Bundeshaus als „Nestbeschmutzer“ diffamiert.

1979 hat die SP Schweiz eine Bankeninitiative mit 125'000 Unterschriften eingereicht. „Das Bankgeheimnis soll gelockert werden“, beschrieb der Bundesrat im Abstimmungsbüchlein deren Stossrichtung, Präziser formuliert hiess das, Missbräuche sollten verboten werden. Das war ein frontaler Angriff gegen das Zentralkomitee des Kapitals. Die Schweizerische Bankiervereinigung und Economiesuisse hatten denn auch 20 Millionen Franken in den Abstimmungskampf investiert. Gegen die Abzockerinitiative im letzten Jahr waren es „nur“ 8 Millionen.

Ein SBB-Kondukteur hatte mir ein brisantes Dokument geschickt: „Das Protokoll der 309. Sitzung des Verwaltungsrates der Schweizerischen Bankiervereinigung vom 2. Juni 1979.“ „Nummer 4“ des Verwaltungsrates hatte es im Zug liegen gelassen. „Das dürfte dich interessieren“, bemerkte der aufmerksame Kollege. Einziges Traktandum war die SP-Bankeninitiative. Diskutiert und beschlossen wurde, wie sie bekämpft werden sollte. Aus dem Protokoll geht hervor, dass alles mit dem freisinnigen Finanzminister Geroges-André Chevallaz koordiniert werde. Und natürlich mit den „befreundeten Fraktionen und Parlamentariern“. Da ist schwarz auf weiss nachzulesen, wie eine Lobby im Bundeshaus funktioniert.

Am 20. Mai 1984 wurde abgestimmt. Die Bankeninitiative ist mit 73 Prozent Nein-Stimmen verworfen worden. In den ersten zwei Jahren „hättet ihr gewonnen“, sagte mir Nikolaus Senn, damals der höchste Bankier im Land. Zum Deal mit Bundesrat Chevallaz habe gehört, den Abstimmungstermin möglichst hinauszuschieben. Weil dann eine andere „Sau durchs Dorf gejagt worden sei“. Damit habe die Zeit gegen uns gearbeitet. Heute, 30 Jahre nach der Abstimmung, wird vollzogen, was wir mit der Bankeninitiative vorgeschlagen haben.

Einmal mehr zeigt sich, Politik ist ein Marathonlauf, kein 800-Meter-Rennen. Man muss nur Geduld haben. Dann kann man doch noch Recht bekommen. Die Bankeninitiative ist eine der erfolgreichsten Niederlagen. Das macht Mut zum Weitermachen. Das macht Mut, nie aufzugeben. Ich wiederhole meinen Lieblingspruch:

Die Energie,
die wir brauchen,
bekommen wir
von dem Strom,
gegen den wir
schwimmen.